

Vorschlag der Hartz- Kommission zur Ausbildungsstiftung wird von der DGB-Jugend vehement abgelehnt



Einige bereits bekannte Vorschläge der Hartz- Kommission werden im Moment in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Einer dieser Vorschläge sieht vor, dass jede/r arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren, die/der keine Berufsausbildung hat ein Ausbildungszeitwertpapier erhält, um sich eine Ausbildung bei einem Betrieb zu kaufen. Finanziert werden sollen diese Gutscheine über eine private Ausbildungsvorsorge, die Eltern oder Verwandte der Jugendlichen ansparen sollen, bzw. aus Spenden und Abgaben und aus Mitteln der Arbeitsverwaltung. Diese Gelder werden von einer Ausbildungsstiftung verwaltet. Das bedeutet, dass die Jugendlichen ihre Ausbildung kaufen müssen, während die Unternehmen die Ausbildungskosten und die dann anschließend ausgebildete Fachkraft geschenkt bekommen.

Die DGB-Jugend Hamburg lehnt diesen Vorschlag vehement ab. „Dieser Vorschlag ist ein Rückfall in die Zeiten, als Eltern noch Lehrgeld für ihre Kinder bezahlen mussten. Ausbildung ist eine Aufgabe der Unternehmen. Sie profitieren schließlich auch von den ausgebildeten Fachkräften,“ so Ole Schwede, Vorsitzender der DGB-Jugend Hamburg. „Das heißt sie müssen auch die Kosten für die Ausbildung tragen.“ Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und des Lehrstellenmangels muss anders gelöst werden. Die DGB-Jugend fordert ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen. Dieses muss notfalls durch einen solidarischen Kostenausgleich zwischen den Unternehmen sichergestellt werden. Die Betriebe, die nicht oder nicht ausreichend ausbilden, sollen sich an den Kosten der Ausbildung von den Unternehmen beteiligen, die ausreichend ausbilden. Hier ist die Politik gefragt. Die DGB-Jugend Hamburg fordert alle Hamburger Parteien auf, sich vom Vorschlag der Hartz- Kommission zu distanzieren.

Rückfragen bitte an:

Ole Schwede, Vorsitzender DGB-Jugend Hamburg: 0170/4877573

Informationen über die Arbeit der DGB-Jugend unter www.dgb-jugend-hamburg.de